

Protest gegen Putin: Berliner Kundgebung zum Wahltag in Russland droht von der russischen Botschaft verdrängt zu werden

Die Aktion "[Mittags gegen Putin](#)", bekannt als der letzte politische Wille von Alexej Nawalny, findet **am Sonntag, dem 17. März ab 12 Uhr** sowohl in Russland als auch weltweit statt. Die Berliner Kundgebung wird von einer Koalition russischsprachiger pro-demokratischer Initiativen[1] organisiert und richtet sich gegen Wahlfälschungen in Russland, Repressionen des Putin-Regimes sowie Russlands völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine.

Bei der [Kundgebung in Berlin](#) werden **ab 12:00 Uhr** prominente russische Dissident:innen und Kulturschaffende auftreten, darunter der Oppositionelle *Michail Chodorkowski*, die Präsidentin der "Free Russia Foundation" *Natalia Arno*, die Menschenrechtlerin und Gründerin der Stiftung "Rus Sidjaschtschaja" (Russland hinter Gittern) *Olga Romanowa*, der Musiker *Michail Borzykin* mit seiner Band "Televizor", der Dichter *Alexander Delfinow* und der Rapper *LIGALIZE*. Als Sprecher:innen wurden auch deutsche Politiker:innen eingeladen. Die Veranstaltung ist zweisprachig.

Um 14:00 Uhr findet ein friedlicher Marsch entlang der bedeutenden Stätten des Botschaftsviertels mit einem Zwischenstopp in der [Alexej-Nawalny-Straße](#) statt.

Um 16:00 Uhr wird zum Abschluss der Veranstaltung die von Jacques Tilly angefertigte Putin-Karnevalsfigur in einem symbolischen Akt zerstört.

An den vorangegangenen Kundgebungen des Berliner Protest-Marathons der Koalition russischsprachiger pro-demokratischer Initiativen im Februar/März 2024 nahmen ca. 2.000 Personen teil. An der spontanen Kundgebung am 16. Februar wegen der Ermordung Alexej Nawalnys haben sich bis zu 3.000 Personen beteiligt. Auch am 17. März rechnen die Organisator:innen mit großem Publikumsinteresse.

Vor einem Monat hat der russische Botschafter Sergej Netschajew die zuständigen deutschen Regierungsstellen [aufgefordert](#), Protestaktionen in unmittelbarer Nähe der Botschaft am Wahltag zu verhindern. Das offizielle Russland spricht von "Kundgebungen anti-russischer Prägung" und unterstellt friedlichen Demonstrant:innen, die sich für ein demokratisches Russland einsetzen, Gewaltbereitschaft:

"Die Situation in der Umgebung der [russischen] Botschaft lässt sich kaum als ruhig bezeichnen. Es ist schwierig, die Wahrscheinlichkeit von Provokationen und anderen Exzessen auszuschließen. Wir wissen, dass anti-russische Proteste geplant sind. Wir haben die deutschen Regierungsstellen darauf hingewiesen, dass sie umfassende Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müssen. Wir bestehen darauf, Massenveranstaltungen in unmittelbarer Nähe der diplomatischen Vertretungen zu verbieten, um Zusammenstöße zu vermeiden und die Wähler nicht zu gefährden", so Netschajew.[2]

Da uns trotz aller Absprachen und Bemühungen zum aktuellen Zeitpunkt noch kein Bescheid für die Durchführung der Kundgebung vor der russischen Botschaft (Unter den Linden 63-65) vorliegt, gehen wir davon aus, dass Netschajews Aufforderung nicht ohne Wirkung geblieben ist und Moskau in der Sache weiterhin Druck auf Berlin ausübt. Zuständig für die Genehmigung sind die Berliner Versammlungsbehörde sowie örtlich der Polizeiabschnitt 28.

Demokrati-JA wird weiterhin darauf bestehen, diese wichtige Kundgebung wie geplant vor der russischen Botschaft stattfinden zu lassen. Im Falle einer möglichen Ablehnung oder

mutmaßlichen Verzögerung seitens der Berliner Behörden werden wir Rechtsmittel in Erwägung ziehen.

Olga Galkina (*Reforum Space Berlin*), Mitglied des Organisationsteams der pro-demokratischen Koalition und exilierte Politikerin aus St. Petersburg, die aufgrund ihrer Antikriegshaltung in Russland verfolgt wurde, betont:

"Die Aktion 'Mittags gegen Putin' ist bedeutend, weil sie ungeachtet der Ergebnisse der Pseudo-Wahlen für Russinnen und Russen die einzige Möglichkeit darstellt, ihren Protest sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Dass wir gesehen werden, ist genau das, was der Kreml befürchtet. Deshalb agiert er auch auf diese Weise gegen uns.

Wir hoffen sehr, dass Berlin den Mut hat, eine klare Position einzunehmen und sich nicht auf die Seite des Putin-Regimes und seiner korrupten Eliten zu stellen. Wir werden weiterhin für unser Recht auf friedliche Meinungsäußerung eintreten und rufen deutsche Politiker:innen, Medienschaffende und zivilgesellschaftliche Akteur:innen zur Solidarität mit uns auf!"

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Frau Natalia Ivanova ([Demokrati-JA](#))
+49 175 9421812, mail@demokrati-ja.org

[1] Initiiert von [Demokrati-JA e.V.](#), [Reforum Space Berlin](#) und [FreeNavalny Deutschland](#). Zu den Online-Initiativen der Koalition gehört auch die virale Kampagne in sozialen Netzwerken "[Если не Путин, то кот](#)" (Wenn nicht Putin, dann eine Katze).

[2] <https://www.rbc.ru/rbcfreenews/65ca2cf69a79472eb5d3e810>